Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 313. Sonnabend den 8. November 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 9. November Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 29. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 29. dieses Monats** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1568. Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Serbiens zu der unterm 3. November 1881 abgeschlossenen internationalen Reblaus-Convention. Vom 24. October 1884.

„ 1569. Bekanntmachung, betreffend die Ausführung der Bestimmungen im §. 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1884 über die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung vom 17. August 1868. (Reichs-Gesetzbl. S. 115.) Vom 30. October 1884.

Leipzig, am 5. November 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Einkommenschätzung für das Steuerjahr 1885 werden den Vorständen von juristischen Personen, Vereinen aller Art, sowie den Arbeitgebern &c. gegenwärtig Formulare zur Anfertigung von Gehalts-, bez. Lohnnachweisungen behändigt, welche nach Maßgabe der Bestimmungen in §§. 36 und 37 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878, verbunden mit §. 28 der dazu erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 11. October desselben Jahres ausgefüllt **binnen 8 Tagen, von der erfolgten Behändigung ab gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 60 Mark, die bei Versäumung des Termins unnachsichtlich beigetrieben werden wird, an die Filiale unserer Stadtsteuer-Einnahme, Obstmarkt 3, 3. Etage (Stadthaus)**, abzugeben sind.

Sollten die betreffenden Vorstände, Arbeitgeber &c. Formulare in ungenügender Anzahl oder bis zum 15. d. Mts. überhaupt nicht erhalten haben, so können dieselben dergleichen Formulare an gedachter Expeditionsstelle entnehmen.

Leipzig, am 6. November 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Göhlitz.

Bekanntmachung,

anderweite Feststellung des Niveaus der östlich von der verlängerten Bayerischen Straße liegenden Straßenzüge des südlichen Bebauungsplanes betr.

Nachdem wir mit Zustimmung der Stadtverordneten beschlossen haben, die Höhen sämmtlicher Straßen auf dem Complexe zwischen dem Platze für den projectirten Schlacht- und Viehhof, der Kronprinzstraße, der verlängerten Bayerischen Straße und der Straße N des südlichen Bebauungsplanes nach Maßgabe der Pläne Nr. $\frac{1906}{3301}$ und Nr. $\frac{1907}{3302}$ anderweit festzustellen, bringen wir dies hierdurch mit dem Hinweis darauf zur öffentlichen Kenntniß, daß jene beiden Pläne in unserem Bauamte (Tiefbau-Abtheilung, Zimmer Nr. 14) zu Jedermanns Einsicht **vier** Wochen lang ausliegen, sowie daß Widersprüche gegen diese anderweite Feststellung bei deren Verlust binnen der gedachten vierwöchentlichen Frist, welche vom Tage der Veröffentlichung gegenwärtiger Bekanntmachung in den Leipziger Nachrichten an zu berechnen ist, schriftlich bei uns angebracht werden müssen.

Leipzig, den 3. November 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Aß.

Bekanntmachung.

Nachdem Herr **Karl Friedrich Robert Leue**, Kaufmann, Inselstraße Nr. 11, 1. Etage, hier, die auf ihn gefallene Wahl zum Armenpfleger im 42. Districte angenommen hat, ist derselbe am 30. October a. c. durch Herrn Districtsvorsteher Schuldirector **Thomas** in dieses Amt eingewiesen worden.

Leipzig, den 5. November 1884.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf. A.

Bekanntmachung.

Die **Dachdecker-, Klempner- und Eisenarbeiten** an dem Neubau der II. Bürgerschule sollen vergeben werden. Die Anschlagsformulare und Bedingungen sind bei Herrn Hofbaumeister **Brückwald**, Nürnberger Straße 44, zu erhalten. Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „II. Bürgerschule“ versehen **bis Montag, den 17. November, Nachmittags 5 Uhr** auf dem Bauamte, Rathhaus, 2. Etage Nr. 5 abzugeben.

Leipzig, den 7. November 1884.

Die Baudeputation des Raths.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen früheren Etuisfabrikanten, jetzigen Etuisarbeiter **Karl Albin Spahn**, geboren am 19. Februar 1852 in Eilenberg, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Betrugs und Unterschlagung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungs-Gefängniß zu Berlin, Alt-Moabit 11/12, abzuliefern.

Berlin, den 4. November 1884.

Königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht I.

Beschreibung. Alter: 32 Jahre. Statur: mittel. Haare: dunkelblond. Nase: proportionirt. Gesicht: oval. Bart: Schnurrbart. Augen: braun. Mund: proportionirt. Besondere Kennzeichen: an der linken Hand eine Narbe und hat gewandtes Benehmen.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das für die Dienstmagd **Anna Richter** aus Leipzig am 15. April 1882 vom Gemeindevorstande zu Reudnitz ausgestellte Dienstbuch im December vor. Js. in hiesiger Stadt abhanden gekommen.

Wir haben der Richter ein neues Gesinde-Zeugniß-Buch ausgefertigt und erklären das abhanden gekommene Dienstbuch für ungiltig, fordern jedoch zur sofortigen Abgabe des letzteren an uns auf, falls Jemand dasselbe aufgefunden haben oder noch auffinden sollte.

Leipzig, am 4. November 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. S.

Bekanntmachung.

Die Kanzlei des Königl. **Rumänischen Consulats** befindet sich **Grimmaische Straße 16, I.** und ist in den hier üblichen Geschäftsstunden geöffnet.

Leipzig, den 6. November 1884.

Woelker, Consul.

Nichtamtlicher Theil.

Die Stichwahlen.

Am Donnerstag wurden die ersten Stichwahlergebnisse gemeldet. Danach sind gewählt in Frankfurt a./M. der Socialdemokrat Sabor mit 12,165 Stimmen gegen den Volksparteiler Sonnemann, welcher 10,777 Stimmen erhielt, in Darmstadt der Nationalliberale Ulrich und in Elberfeld der Socialdemokrat Harm mit 17,253 Stimmen gegen den Nationalliberalen Dr. Fabri, welchem 11,445 Stimmen zufielen. Zweifelhaft war das Ergebniß der Wahl in Mainz, doch wurde die Wahl des Centrumsmitgliedes Racke als wahrscheinlich bezeichnet, so daß der Socialdemokrat v. Vollmar unterlegen wäre. Endlich hat es Eugen Richter vorgezogen, seine Wahl in Hagen anzunehmen, damit er nicht, falls die Berliner Wähler gegen ihn entscheiden, ohne Mandat ist.

Diese Wahlen sind von principieller Wichtigkeit, weil sie sämmtlich unter den Gegnern allein ausgefochten worden sind, ohne Hilfe einer anderen Partei. Die Nationalliberalen haben sich so wenig in den Wahlkampf in Frankfurt a./M. und in Mainz eingemischt, wie die Deutschfreisinnigen in Elberfeld. Die Nationalliberalen hatten freilich absolut keine Veranlassung, in einem Kampf zwischen Volksparteilern und Socialdemokraten oder zwischen Ultramontanen und Socialdemokraten Partei zu ergreifen, während die Deutschfreisinnigen ohne Verletzung ihrer Grundsätze den Nationalliberalen Dr. Fabri sehr wohl gegen den Socialdemokraten Harm hätten unterstützen können. Aber hier zeigt sich eben die Interessengemeinschaft der Deutschfreisinnigen mit dem Centrum, welcher gemäß beide die Wahl von Mitgliedern der Mittelpartei unter keinen Umständen unterstützen. In Uebereinstimmung mit dieser Gesammthaltung haben die Deutschfreisinnigen auch beschlossen, im Wahlkreise Striegau-Schweidnitz für den Ultramontanen Methner gegen den Freiconservativen v. Kulmiz einzutreten. Da sich die deutschfreisinnige Parteileitung auch dafür ausgesprochen hat, Socialdemokraten gegen Nationalliberale und Conservative zu unterstützen, so ist es klar erwiesen, daß die Deutschfreisinnigen mit dem Hauptfeinden der staatlichen Ordnung gemeinschaftliche Sache machen. Daraus ergiebt sich, daß Diejenigen Unrecht hatten, welche die Liberalen beschuldigten, daß sie durch ihren häuslichen Zwist das Anwachsen der Socialdemokraten begünstigten und verschuldeten, die Schuld liegt nicht auf nationalliberaler, sondern einzig und allein auf deutschfreisinniger Seite. Aus engherzigen Fractionsrücksichten haben die Deutschfreisinnigen sich zu Handlangern von Ultramontanen und Socialdemokraten hergegeben und schon damit die liberalen Bahnen vollständig verlassen, die deutschfreisinnige Partei hat unter solchen Umständen kein Recht mehr auf die Bezeichnung „liberal“, sie ist vielmehr ihrer ganzen Natur nach eine radicale Partei, deren oberster Grundsatz lautet: Entweder thut uns die Regierung den Willen oder wir bekämpfen sie mit allen Mitteln bis aufs Messer. Das Wort „liberal“ schließt aber den Begriff der Mäßigung in sich, wer liberal denkt und handelt, nimmt Recht und Billigkeit zur Richtschnur, aber nicht das Parteiinteresse ohne jegliche Nebenrücksicht.

Wenn der Verlauf der Stichwahlen ihrem Beginn entspricht, dann wird es wiederum, gleich den Hauptwahlen, große Ueberraschungen bringen und alle vorher angestellten Vermuthungen und Berechnungen über den Haufen werfen. Das Princip der Wahlenthaltung wird sich bei der Schroffheit, mit welcher sich die meisten Parteien gegenüberstehen, als das herrschende erweisen, ein festes Wahlbündniß besteht nur zwischen Deutschfreisinnigen und Centrum, im Uebrigen kann nur noch der Wunsch, Centrum und Socialdemokraten zu bekämpfen, für die Haltung der übrigen Parteien maßgebend sein. Wo dieses Ziel in Betracht kommt, kann man getrost auf die gesunden Anschauungen der Mittelparteien vertrauen, daß sie das Richtige treffen und sich nur durch die Rücksicht auf die Gesammtwohlfahrt leiten lassen werden.

Was nun die einzelnen Stichwahlergebnisse betrifft, so ist es das erste Mal, daß in Frankfurt a. M. ein Socialdemokrat über den Eigenthümer der „Frankfurter Zeitung“ und Vertreter der Volkspartei, Sonnemann, den Sieg davon getragen hat. Der Lehrer Sabor ist eine in Frankfurt wohlbekannte Persönlichkeit, welche schon im Jahre 1874, als sich Lasker um ein Mandat daselbst bewarb, in den Wahlkampf eingegriffen hat. Die Verhältnisse liegen dort ganz eigenthümlich und werden wesentlich durch den Einfluß, welchen die „Frankfurter Zeitung“ auf die Wähler ausübt, bedingt. Es sind seit dem Jahre 1866 eine ganze Reihe von Versuchen gemacht worden, die Macht dieses Organs in Bezug auf das Parteileben zu brechen. Man gründete dort die „Frankfurter Presse“, dann die „Deutsche Presse“, im Juli 1873 wurden beide Organe zu einem verschmolzen. Daneben erschien das „Frankfurter Journal“, welches im fortschrittlichen Sinne wirkte, endlich wurde auch dieses mit dem nationalliberalen Organ vereinigt durch den unlängst verstorbenen Besitzer der großen Farbewaarenfabrik in Höchst, Dr. Brüning. Nach dessen Tode hat sich eine Actiengesellschaft gebildet, welche das „Frankfurter Journal“ fortführt. Trotz aller dieser Anstrengungen hat die nationalliberale Partei in Frankfurt a. M. bisher keine nennenswerthen Fortschritte gemacht, die Hauptführer der Partei am Orte sind theils gestorben, theils haben sie sich vom politischen Leben zurückgezogen und die Partei richtete deshalb ihre Hoffnungen auf die Zukunft, dem heilsamen Einfluß der Zeit vertrauend, welcher sich stets allen feindlichen Bestrebungen zum Trotz geltend macht. Durch das Wahlresultat vom 6. November hat die nationale Sache in Frankfurt a. M. eine kaum erwartete Stärkung erfahren, denn die Frankfurter haben jetzt den Beweis erhalten, daß ihnen Sonnemann mit seiner Zeitung keinen dauernden Schutz gegen die Ueberhandnahme der Socialdemokratie gewährt, dieser halb demokratische, halb particularistische Standpunct hat sich überlebt und verliert mehr und mehr den Boden unter den Füßen. Die „Frankfurter Zeitung“ und ihr Einfluß hat durch die Wahl Sabor's einen Stoß erhalten, den sie so leicht nicht verwinden wird und diese Wahl kommt andererseits der nationalen Sache in Frankfurt a. M. zu Gute. Von einer Fortschrittspartei kann dort schon seit langer Zeit nicht mehr die Rede sein, ihre Candidaten haben stets nur als Zählcandidaten fungirt. Bei den Landtagswahlen drangen stets die Nationalliberalen durch und bei den Reichstagswahlen Sonnemann. Jetzt ist dieser Vertreter Frankfurts durch den Socialdemokraten Sabor abgesetzt und dadurch ist ein Umschwung vorbereitet, dessen Folgen unberechenbar sind, der aber hoffentlich das rasche Anwachsen der nationalliberalen Partei herbeiführen wird.

In Mainz ist der Boden für andere Parteien als Ultramontane stets heiß gewesen, die dort aufgestellten Candidaten der Socialdemokraten und der Fortschrittspartei sind stets in der Minorität geblieben, auch dieses Mal wieder scheint der Vertreter des Centrums den Sieg davongetragen zu haben, zwar nur mit sehr geringer Majorität, wie schon aus der den Zweifel ausdrückenden Meldung über das Wahlresultat hervorgeht. Elberfeld war von jeher eine Domäne der Socialdemokraten, aber bei der letzten Wahl waren die Aussichten für den liberalen Candidaten gut, um so besser, als der Name des Dr. Fabri auf einem Gebiete einen guten Klang hat, welches gegenwärtig vorzugsweise als die Grundlage für nationale Bestrebungen gilt, auf dem des Colonialwesens. Dr. Fabri würde unzweifelhaft den Sieg über seinen socialdemokratischen Gegner errungen haben, wenn sich die Deutschfreisinnigen des Wahlbezirks von ihren engherzigen Parteirücksichten loszumachen vermocht hätten. Sie haben es nicht gethan, sie haben sich der Wahl enthalten und dadurch den Vorwurf auf sich geladen, einen Socialdemokraten in den Reichstag gebracht zu haben, dieser Vorwurf wird seine Früchte tragen.

Es bleibt noch die Frage zu beantworten, ob die Vermehrung der socialdemokratischen Abgeordneten durch die Stichwahlen der nationalen Sache abträglich ist oder nicht. Indirect ist diese Frage bereits durch die obigen Ausführungen beantwortet, denn es ist ganz unzweifelhaft, daß die Wahlergebnisse in Frankfurt a. M. und Elberfeld der nationalen Sache nur Nutzen gebracht haben. In dem einen Falle hat die Niederlage des Vertreters der Volkspartei die Blicke auf die aufstrebenden Nationalliberalen gelenkt, im anderen kann die Verantwortung der Deutschfreisinnigen für die Wahl des Socialdemokraten Harms, die sie hätten verhindern können, nur zu ihren Ungunsten sprechen. Die Wähler werden sich im Laufe der Stichwahlen der Erkenntniß nicht verschließen können, daß Schutz gegen die Ausbreitung der Socialdemokratie niemals von den Deutschfreisinnigen, wohl aber von den Mittelparteien zu erwarten ist. In diesem Sinne können die Bestrebungen der gemäßigten Parteischattirungen auf liberaler und conservativer Seite nur eine Festigung und Stärkung erfahren, wenn die Erfolge der Socialdemokraten bei den Stichwahlen alle Erwartungen übersteigen. Man wird nicht umhin können, die deutschfreisinnige Partei für dieses Ergebniß in erster Linie verantwortlich zu machen. Es ist der deutschfreisinnigen Partei bei den Reichstagswahlen so ergangen, wie es im Sprüchworte heißt: „Wer Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“ und wir finden das nur ganz in der Ordnung.

Leipzig, 8. November 1884.

* Ueber die jüngsten Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, welche das Regierungsblatt unter dem Titel „Die Welfen und das Reich“ zusammenfaßt, wird jetzt officiös aus Berlin geschrieben:

Als es zuerst bekannt wurde, daß Se. k. Hoheit der Herzog von Cumberland Ansprüche auf den braunschweigischen Thron erhebe, machte sich in der ganzen deutschen Nation eine instinctive Antipathie gegen dieses Auftreten des welfischen Prätendenten geltend. Man sagte sich, daß der Erbe König Georgs V. eine Bedrohung des Reiches im Schilde führe und mit seiner braunschweigischen Thronkandidatur vornehmlich beabsichtige, den hochverrätherischen Umtrieben der „deutsch-hannoverschen“ Fronde einen wirksameren Stützpunct zu verleihen. Wie richtig der Volksinstinct urtheilte, geht aus den dankenswerthen Publicationen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über das Thema: „Die Welfen und das Reich“ zur Evidenz hervor.

Der Herzog von Cumberland hat in ausgiebigster Weise dafür Sorge getragen, daß über seine grundsätzliche unversöhnliche Feindschaft wider Kaiser und Reich keinerlei Zweifel bestehen kann. Sein Schreiben an den Kaiser Wilhelm, worin er demselben mit der ausdrücklichen Betonung, daß die 1866 in Hannover eingetretenen thatsächlichen Verhältnisse für ihn selbstverständlich nicht rechtsverbindlich seien, das Ableben König Georgs anzeigte, athmete Wort für Wort den Geist jener antinationalen Politik, welche das Haus Hannover nach Langensalza und von dort in das Exil trieb, welche es lehrte, Anlehnung an den Erbfeind jenseits der Vogesen zu suchen und seine Restauration auf Kosten des deutschen Volkes anzustreben. Für die Be- und Beurtheilung der undeutschen Politik des Welfenthums liefern die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Actenstücke ein zu charakteristisches Material.

So entwickelt König Georg in einem vom 10. Juli 1866 datirten Briefe seine Gründe für die Annahme, daß er und die übrigen damaligen Gegner Preußens in Napoleon III. den wichtigsten Verbündeten gegen Preußen erhalten würden und daß die Vergrößerungspolitik des letzteren bald ein Ende nehmen werde. Unter dem 2. Juli 1867 leiht der entthronte Monarch seiner unerschütterlichen Zuversicht Ausdruck, daß der dreieinige Gott sein Reich und seinen Thron wieder aufstehen lassen und ihn als König in aller Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seinem Lande wiedergeben werde. Von Frankreich hofft er, daß es die in Deutschland neugeschaffenen Verhältnisse thunlichst bald vernichten werde. Am 21. November spricht König Georg von seinen Vorkehrungen, um beim ersten Trompetenstoß vollkommen gerüstet dazustehen. Ein Brief vom 1. Juli 1868 ruft Gottes allwaltende Gerechtigkeit an, „daß er aus dem ruhmvollen Tage von Langensalza glorreichere Siege für unsere geheiligte Sache wird hervorgehen lassen.“ Unterm 2. September desselben Jahres betont der blinde König abermals die Nothwendigkeit, seinerseits um Gotteswillen mit allen Dingen auf das Vollkommenste fertig und bereit zu sein, damit, wenn die Vorsehung für gut befinde, den casus belli herbeizuführen, er augenblicklich zur Hand sei, als Verbündeter dem Kaiser (Napoleon) zur Seite zu stehen, um mit Hilfe seiner mächtigen Unterstützung sein gutes Recht und das von Deutschland unter des Herrn Beistand erkämpfen und erlangen zu können. Ein Brief des Königs vom 13. Juni 1869 endlich proclamirt es als das eine Ziel, welches er mit der strengsten Consequenz und nie ermattender Energie verfolge, „unter Gottes gnädigem Beistande ein großes und mächtiges Welfenreich wieder herzustellen und meinen Thron wieder aufzurichten, sowie, von den theueren Meinigen umgeben, als König in aller Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu meinem theueren und so beispiellos treuen Volke heimzukehren, überdies aber auch mit des Allmächtigen Hilfe meinen Thron und Reich mit eigenen Waffen, als Verbündeter Frankreichs und Oesterreichs, mir wieder zu erobern.“

Aus dieser keineswegs erschöpfenden Blumenlese dürfte dem Leser hinlänglich klar geworden sein, wie systematisch von welfischer Seite die Einmischung des Auslandes in ureigenste Angelegenheiten der deutschen Nation herbeizuführen gesucht wurde. Und damit nicht genug, zeigen die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ der Oeffentlichkeit übergebenen welfischen Acten auch, wie man selbst um den Beistand des Radicalismus buhlte, um das Werk der Zertrümmerung des Reiches gleichzeitig von Innen und von Außen in Angriff nehmen zu können. Der berüchtigte Grundsatz Loyola's, wonach der Zweck die Mittel heiligt, bildet eben eine der bevorzugtesten Waffen im Arsenal des wider Deutschland conspirirenden Hauses Hannover!

In dem Briefe des Königs wird wiederholt der dreieinige Gott, wird Christus zum Zeugen für weltliche Herrschergelüste angerufen, wird die „geheiligte“ Sache des Welfenthums als ein selbstverständliches Postulat der göttlichen Gerechtigkeit hingestellt. Auf jeden schlichten Christenmenschen macht dieser Fanatismus im Dienste des Hochverraths einen unsagbar abstoßenden Eindruck; vor Allem aber bestärkt er uns in der Ueberzeugung, daß der Sicherheit des Reiches eine unabsehbare Gefahr drohen würde, wenn der Herzog von Cumberland mit seinen braunschweigischen Thronansprüchen durchdringen sollte — eine Gefahr, die desto ernster an des Reiches Pforten klopft, je mehr sie sich der Ueberwindung im offenen ehrlichen Kampfe entzieht, gedeckt wie sie wäre durch den Hermelin eines anerkannten deutschen Reichsfürsten. Fort darum auch mit der bloßen Hypothese der Besteigung des braunschweigischen Herzogsthrones durch einen Cumberland!

Deutschland hat seine nationale Einheit zu theuer erkauft, um gleichmüthig der Eventualität ins Gesicht sehen zu können, wie ein geborener und geschworener Feind seiner nationalen Errungenschaften sein Hauptquartier im Herzen des Reiches aufschlägt. Unser Volk ist ein friedfertiges und gern zur Versöhnung bereites, wo es auf guten Willen und ehrlichen Sinn stößt. Aber es ist nicht gemeint, die mit dem Herzblute von tausend seiner besten Söhne besiegelte innere Eintracht in einer sentimentalen Anwandlung preiszugeben, es ist vor Allem nicht gewillt, welfischem Trug und Verrath die Bahn der Rückkehr ins Vaterland zu ebnen. Das deutsche Volk hat es nicht vergessen, welches Unheil in allen Zeiten der Ruf: „Hie Welf! hie Waiblingen!“ über die Gauen des Vaterlandes heraufbeschworen, und mit seinem Willen wird der Herzog von Cumberland nimmermehr den braunschweigischen Thron als Erbe und Verkämpfer der reichsfeindlichen Ueberlieferungen des Welfenhauses besteigen.

* Nach dem Bauprogramm für das Reichstagsgebäude soll im Jahre 1885 außer dem Reste des Kellergeschosses nur ein Theil des Erdgeschosses zur Ausführung gelangen. Da aber schon während des Winters 1885/86 ein Theil desjenigen Rohmaterials beschafft und bearbeitet werden soll, welches erst im Jahre 1886 zur Verwendung gelangt, so sind die für das ganze Erdgeschoß erforderlichen Geldmittel in dem diesjährigen Etat in Ansatz gebracht, nämlich für die Rohbauarbeiten einschließlich Material 430,000 ℳ, für die Werksteinverblendung desgleichen 320,000 ℳ, für die Gerüste zum Versetzen der Werksteine, Beschaffung von Schiebebühnen, Winden, Krähnen, Geräthen und provisorischen Einrichtungen sowie für die Bauleitung 250,000 ℳ — zusammen 1,000,000 ℳ.

* Zur Betheiligung des Reiches an internationalen Polarforschungen waren in dem Etat für 1882/83 300,000 ℳ bereit gestellt worden. Nachdem die in den Jahren 1882 und 1883 zur Unterstützung der internationalen Polarforschung veranstalteten deutschen Expeditionen erfolgreich zu Ende geführt waren, ergab sich die Nothwendigkeit, das Bureau der deutschen Polarcommission zur unverweilten wissenschaftlichen Bearbeitung der gewonnenen Beobachtungsresultate auf zwei Jahre fortbestehen zu lassen, wenn nicht die Erreichung des Zwecks wesentlich beeinträchtigt werden sollte; insbesondere würde eine Verzögerung der Bearbeitung und wenigstens theilweisen Veröffentlichung der Ergebnisse der deutschen Expeditionen eine Verwerthung dieser Ergebnisse im internationalen System in der Hauptsache unmöglich gemacht haben. In Folge dessen sind der deutschen Polarcommission behufs Fertigstellung und Drucklegung der nothwendigsten Arbeiten vorweg 27,000 ℳ außeretatsmäßig bereits zur Verfügung gestellt worden. Die Bearbeitung des Materials wird voraussichtlich zwei Jahre in Anspruch nehmen. Die Gesammtkosten, welche hauptsächlich auf das Etatsjahr 1885/86 entfallen, sind auf 65,000 ℳ geschätzt, und zwar an Remunerationen und Honoraren 40,400 ℳ, an Bureau- und Druckkosten 11,600 ℳ, an Reisekosten 2000 ℳ und an Beitrag für die Herausgabe der internationalen Arbeit 11,000 ℳ. Davon kommen die obenerwähnten außeretatsmäßigen 27,000 ℳ in Abzug.

* Die „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt zur Parteilage: „Die Stichwahlen scheinen wieder alle die unerfreulichen Erscheinungen hervorzubringen, die man bei diesem zweifelhaften Institut auch früher gesehen. Die Idee, welche dieser ganzen Einrichtung ihre Berechtigung giebt, kommt nur in der unvollkommensten Weise oder auch gar nicht zur Ausführung, die Idee, daß die näherstehenden Richtungen sich in der Stichwahl vereinigen und den Candidaten der Allen gleichmäßig fernstehenden Richtung aus dem Felde schlagen. Thatsächlich zeigt es sich nur zu häufig, daß die leidenschaftlichen Wahlkämpfe eine solche Erbitterung hinterlassen, daß man lieber dem entschiedensten Gegner als dem näherstehenden „Freunde“ den Sieg gönnt. Es kommt hinzu, daß die Stimmen in dem einen Wahlkreise häufig zu Handelsgeschäften, zum Austausch mit den Stimmen in andern Wahlkreisen benutzt werden, und derart ganz unnatürliche und ungesunde Parteicoalitionen für einen einmaligen Zweck zu Stande kommen. Es werden den concurrirenden Candidaten mitunter sogar unter Verpfändung des Ehrenwortes, über gewisse Fragen Verpflichtungen abverlangt, von denen man in der That zweifelhaft sein kann, ob sie mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen sind, wonach der Abgeordnete an Instructionen seiner Wähler nicht gebunden ist. Es kommen auf diese Weise viele Compromiß-Abgeordnete ins Parlament, die ihre Wahl zur Hälfte einer ihnen ganz fernstehenden politischen Richtung verdanken und Verpflichtungen